



## NEWSLETTER

### In dieser Ausgabe:

SPD blockiert Schutz für  
unsere Bundeswehr 2

Hochwasser: Bundestag soll  
Hilfsfonds beschließen

Familien stärker entlasten  
und nicht belasten!

Amtsantritt als Hoher  
Repräsentant von  
Bosnien-Herzegowina 3

3,6 Mio. Euro - Freistaat  
fördert Diakoneo  
Pflegeeinrichtung in  
Obernzen

Bahn frei für drittes Gleis  
zwischen Fürth und Siegelstorf

Christian Schmidt MdB  
verabschiedet  
PPP-Stipendiaten  
nach Amerika 4

Autonomes Fahren -  
"Wochenende der Mobilität" in  
Cadolzburg

Autonomes Fahren -  
"Wochenende der Mobilität"  
in Cadolzburg 5

Hochwasserschäden  
Bundesminister a.D.  
Christian Schmidt MdB und  
Hans Herold MdL vor Ort

### Liebe Leserinnen und Leser,

im August trat der Bundestag zu einer Sondersitzung zusammen. Dafür gibt es Anlässe! Das katastrophale Hochwasser in Rheinland-Pfalz und NRW verlangt nicht nur nach Hilfe für die Opfer und Geschädigten, sondern auch nach einer kritischen Überprüfung unserer Katastrophenvorsorge. Wenn wir nun diskutieren, ob Alarm-SMS für alle in einer Funkzelle möglich sein können, so habe ich den Eindruck, dass wir beginnen, uns im Gestrüpp von Datenschutz- und allgemeinen Verbotsregeln zu verheddern. Der Staat muss fähig werden, in der Krise schnell handeln können und muss sich dafür nicht entschuldigen. Ähnlich ist das beim Thema der Pandemiebekämpfung. Wir müssen wohl lernen, damit zu leben und Risiken vernünftig gegeneinander abzuwägen!

Afghanistan berührt mich persönlich nach meinen vielen Jahren der Verantwortung für unsere Soldatinnen und Soldaten, für Zivilgesellschaft und für viele Menschen. Wir müssen unsere zukünftige Strategie nüchtern durchdenken - aber bitte wirklich unsere Ziele definieren und uns danach ausrichten. Die Politik und die öffentliche - von manchen klugen Leuten beförderte - Wahrnehmung sind m.E. zu politisch detailverliebt und sehen manchmal den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. Karl-Theodor zu Guttenberg hatte hier einen guten „Riecher“. Schade, dass wir unsere Konzepte nicht fortführen konnten! Peinlich, dass die „Linken“ nicht mal unsere, für die Kürze hervorragend organisierte, Rettung von so vielen Menschen wie möglich aus Afghanistan blockieren wollten. Das ist hochgefährliche unterlassene Hilfeleistung aus ideologischen Gründen. Und mit denen will Herr Scholz regieren? Von der Schuldenmacherei gepaart mit Menschheitsbeglückung gar nicht zu reden!

Solides Arbeiten ohne großes Tamtam ist vielleicht nicht so attraktiv für die Medien und manche Interessierte, bleibt aber auch in Krisen und gerade dann richtig!

Alles Gute!

Ihr

Christian Schmidt MdB  
Bundesminister a.D.

### Balance zwischen Sicherheit und Eigenverantwortung

65 Prozent der Menschen in Deutschland sind mindestens einmal geimpft. Es ist ein Erfolg, dass wir so schnell jedem und jeder ein Impfangebot machen können.

Klar ist, wir wollen jetzt wieder mehr Normalität erreichen. Es war immer das Ziel, durch das Impfen schneller zurück in die Normalität zu kommen.

Wir müssen die Balance zwischen Sicherheit auf der einen Seite und Eigenverantwortung auf der anderen Seite finden. Nach wie vor herrscht ein dynamisches Infektionsgeschehen; die Infektionszahlen steigen, aber wir impfen auch weiterhin.

Es gilt, alles zu nutzen, um uns vor der Infektion auch weiterhin zu schützen. Deshalb brauchen wir beides, die Verlängerung der epidemischen Lage, um das Risiko zu beherrschen, das mit dem Infektionsgeschehen verbunden ist, und die Änderung des Infektionsschutzgesetzes, um deutlich zu machen, dass die Inzidenz als Maßstab zur Beurteilung des Infektionsgeschehens ihre Bedeutung verloren hat.

Statt der Inzidenz (Corona-Infizierte auf 100.000 Einwohner) soll künftig die Belegung der Krankenhäuser der entscheidende Maßstab zur Bewertung des Pandemieverlaufs sein. Der Bundestag hat die entsprechende Änderung des Infektionsschutzgesetzes vor Kurzem auf den Weg gebracht.



© Tim Reckmann / pixelio.de



Ausgabe 7 / 2021

## SPD blockiert Schutz für unsere Bundeswehr

Die Nachrichten und Bilder, die uns aus Afghanistan erreichen, sind erschütternd. Menschen, die alles versuchen, aus Kabul zu fliehen. Die Bundeswehr mit dem KSK, Kommando-Spezialkräfte, rettet deutsche Staatsbürger und afghanische Ortskräfte aus Kabul. Die KSK holt auch Menschen aus der Stadt. Sie sind in Kabul unterwegs zu Fuß, zum Teil in Hubschraubern und in Fahrzeugen. Und Sie werden während ihres Einsatzes aus der Luft geschützt von Drohnen, die die Amerikaner zur Verfügung stellen. Ohne diese Unterstützung aus der Luft könnten sie den gefährlichen Einsatz nicht durchführen. Deutsche Drohnen, die die KSK-Soldaten beschützen könnten, gibt es nicht. Und das



© Thomas Max Müller / pixelio.de

liegt vor allem auch an der SPD! Unser Verteidigungsexperte Dr. Reinhard Brandl fand dafür im Bundestag klare Worte: „Die Bundeswehr bittet uns seit Jahren genau um diese Fähigkeit und es sind genau diese Drohnen, deren Beschaffung Finanzminister Olaf Scholz im Moment mit seiner linken SPD blockiert.“

Die Verträge sind verhandelt, die Vorlage liegt im Bundesfinanzministerium, Olaf Scholz muss nur auf Senden drücken und wir beschließen das im Bundestag. Damit würden wir die Bundeswehr in die Lage versetzen, zumindest in Zukunft solche Evakuierungseinsätze mit größerer Souveränität durchzuführen.

## Hochwasser: Bundestag soll Hilfsfonds beschließen



© Fotobox @pixelio.de

Nach dem Hochwasser kommt das Aufräumen - und damit wird die Dimension der Schäden erst richtig klar. Deutschland lässt die betroffenen Regionen damit nicht alleine und stellt 30 Milliarden Euro in einem Fluthilfe-Fonds zur Verfügung. Es geht um den Wiederaufbau von Unternehmen, Wohnhäusern und

von Infrastruktur wie Straßen, Brücken und Schienen.

Das, was mit Geld an Schäden beseitigt werden kann, wird mit unserer Unterstützung beseitigt werden. Im Zweifel darf es dafür weder eine zeitliche noch eine finanzielle Begrenzung geben. Es wird ein Wiederaufbaufonds benötigt, der gegebenenfalls nach oben offen ist. Bereits vor Kurzem hat der Deutsche Bundestag über den Fluthilfe-Fonds in einer Sondersitzung beraten. Die Verabschiedung könnte in der für den 7. September vorgesehenen Sitzung erfolgen. Der Bundesrat muss ebenfalls zustimmen, die Länderkammer will am 10. September endgültig über die Staatshilfen entscheiden.

## Familien stärker entlasten und nicht belasten!

Grüne und SPD wollen das Ehegattensplitting abschaffen. Im Klartext bedeutet das Steuererhöhungen für Millionen Familien in Deutschland.

Wir halten das für den völlig falschen Weg. Wir wollen Familien stärker entlasten und nicht belasten. Das haben wir zuletzt noch einmal auf unserer Sommerklausur in Kloster Seeon beschlossen.

Die SPD dagegen meint, vom Splitting würden nur Bestverdiener unter den Alleinverdienern profitieren, deshalb könne man es gestrost abschaffen. Da verzerrt die SPD ein wenig die Wahrheit: Die Behauptung von SPD-Chef Walter-Borjans, das betreffe nur Reiche, ist eine linke Tarnkappe für einen

Angriff auf die breite Mitte der Gesellschaft. Und: Wir als Union halten am Ehegattensplitting fest und setzen ein klares Entlastungssignal für Familien und Alleinerziehende. Familien haben in der Krise mit der Hauptlast getragen und gehören jetzt als



© Stefan Hofschlaeger / pixelio.de

erste entlastet. Fakt ist: Das Ehegattensplitting unterstützt Familien in der breiten Mitte unserer Gesellschaft. 80 Prozent der Profiteure vom Ehegattensplitting haben ein jährliches gemeinsames Haushaltseinkommen von 62.000 Euro oder weniger. Wir wollen beim Ehegattensplitting in Zukunft zusätzlich Kinder positiv in einem Kindersplitting berücksichtigen. Dafür wollen wir im nächsten Bundestag den Steuerfreibetrag für Kinder auf das Niveau des Freibetrags für Erwachsene anheben.

Außerdem wollen wir den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende weiter anheben und von 4.008 Euro auf 5.000 Euro aufstocken. Damit entlasten wir Alleinerziehende mit 3.000 Euro brutto im Vergleich zum Vorkrisenniveau in der

Summe um über 900 Euro pro Jahr – und unterstützen gezielt diejenigen, die Entlastungen wirklich brauchen.





Ausgabe 7 / 2021

## Amtsantritt als Hoher Repräsentant von Bosnien-Herzegowina



Quelle: OHR (Büro des Hohen Repräsentanten)

Zu sehen sind neben Christian Schmidt: sein Vorgänger Valentin Inzko (untere Reihe, 2. v.r.) und Staatssekretär Miguel Berger aus dem Auswärtigen Amt (untere Reihe, 1. v.l.), zudem die Botschafterinnen und Botschafter des Steering Boards des Peace Implementation Councils (das ist die Institution, die zur Begleitung des Dayton-Abkommens geschaffen wurde).

Am 1. August hat Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB sein neues Amt als Hoher Repräsentant von Bosnien und Herzegowina angetreten.

Einen Beitrag dazu finden Sie in den Tagesthemen vom 3.8.2021, 22:15 Uhr, ab Timecode 28:50.

## 3,6 Mio. Euro - Freistaat fördert Diakoneo Pflegeeinrichtung in Obernzenn



von links: Landrat Helmut Weiß, Hans Herold MdL, Architekt M. Ehemann, 2. Bürgermeisterin Silke Horneber-Schüle, Bundeminister a.D. Christian Schmidt MdB, Diakoneo-Vorstandsmitglied Michael Kilp.

Christian Schmidt MdB und Hans Herold MdL konnten den Verantwortlichen der Diakoneo in Obernzenn die gute Nachricht über die Fördersumme von 3,6 Mio. Euro durch den Freistaat Bayern überbringen.

Damit kann ein Neubau der Einrichtung für "beschützende Pflege" nun auf den Weg gebracht werden.

Schmidt zeigte sich über diese Nachricht besonders erfreut: „Die Anstrengungen für dieses Projekt haben sich also gelohnt! Ich persönlich danke allen, Diakoneo, dem Landrat, Kollegen Hans Herold MdL und allen weiteren Beteiligten! Für mich ist das ein Tag der Freude für eine solide Zukunft mit Arbeitsplätzen und Fürsorge in meinem Geburtsort Obernzenn, in dem die Neuendettelsauer Diakonie immer eine Heimat hatte und haben wird.“

## Bahn frei für drittes Gleis zwischen Fürth und Siegelssdorf

Am Mittwoch, den 18.08.2021, hat Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB zusammen mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer den Planungsstart für ein drittes Bahngleis zwischen Fürth und Siegelssdorf bekannt gegeben.

Die Verkündung erfolgte bei einer Pressekonferenz im Bundesverkehrsministerium in Berlin. „Das Projekt hat einen langen Atem erfordert, ist jetzt aber endlich in trockenen Tüchern“, betonte Schmidt. „Die Entscheidung bringt viele Möglichkeiten für den Nahverkehr in der Region mit sich. Durch den Bau eines dritten Bahngleises zwischen Fürth und Siegelssdorf wird die Strecke für den Regionalverkehr deutlich entlastet. Zudem soll so ein besserer Takt auf diesem Abschnitt möglich werden - beispielsweise bei der



© Astrid Götz-Happe / pixelio.de

Zenngrundbahn.“ Aber auch für bisher erst diskutierte Vorhaben ergäben sich so neue Startvoraussetzungen. „Würde der Freistaat Bayern bei der DB einen neuen Bahnhofspunkt in Langenfeld bestellen, so spielt die jetzige Planung für die Bewertung eine Schlüsselrolle.“ Die Planungen für die Strecke werden voraussichtlich im kommenden Jahr beginnen.

Das dritte Gleis zwischen Fürth und Siegelssdorf ist Teil des Ausbaus der Bahnstrecke zwischen Burgsinn und Nürnberg, die über Gemünden, Würzburg und Siegelssdorf führt. Dies erfolgt wiederum im Rahmen eines groß angelegten Ausbaus des Schienennetzes in ganz Deutschland, mit dem der sogenannte Deutschlandtakt ermöglicht werden soll.



Ausgabe 7 / 2021

**Parlamentarisches-Patenschafts-Programm 2021/2022**  
**Christian Schmidt MdB verabschiedet Stipendiaten**  
**Eva Böhringer und Klaus Ta nach Amerika**

Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB hat auch in diesem Jahr wieder Patenschaften im Rahmen des Parlamentarischen-Patenschafts-Programms (PPP) für Schüler und junge Berufstätige übernommen. Am Montag, den 26. Juli 2021, verabschiedete er gemeinsam mit Bundestagskandidat Tobias Winkler und Stefanie Rietzke, 2. Bürgermeisterin von Roßtal, seine „Patenkinder“, die Schülerin Eva Böhringer aus Neustadt a.d. Aisch/Unternesselbach und Klaus Ta aus Fürth im Rahmen einer kleinen Begegnung im Heimatmuseum Roßtal. Schmidt unterstützt das Parlamentarische-Patenschafts-Programm (PPP) seit Jahren

und hat bereits zahlreiche Patenschaften übernommen. Immer wieder ermutigt er Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige und Auszubildende aus der Region, sich zu bewerben. „Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten, diese spannende und einzigartige Kombination bietet das Jugendaustausch-Programm des Deutschen Bundestages und des Amerikanischen Kongresses“, so Schmidt. „Seit 1983 konnten bereits weit über 20.000 junge Leute gefördert werden. Ich freue mich



v.l.n.r.: Tobias Winkler, Christian Schmidt, Klaus Ta und Eva Böhringer.

sehr, dass nun auch Eva Böhringer und Klaus Ta diese Gelegenheit wahrnehmen können“, betonte Schmidt bei dem Treffen.

„Mit diesem gemeinsamen Austauschprogramm des Deutschen Bundestages und des US-Kongresses haben die beiden die Gelegenheit, Einblicke in die historische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklung des anderen Landes zu erhalten. Das fördert nicht nur das gegenseitige Verständnis, sondern trägt auch dazu bei, die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu vertiefen“, betonte der Bundestagsabgeordnete.

„Gerade in einer Zeit neuer und bislang unbekannter Herausforderungen für die transatlantische Gemeinschaft übernehmen die Stipendiaten auch eine wichtige Rolle als „junge Botschafter“ Deutschlands in den USA. Von diesen Erfahrungen werden Eva Böhringer, Klaus Ta und die anderen Stipendiaten ein Leben lang profitieren. Wir wünschen ihnen ein spannendes und interessantes Jahr in Amerika“, so Schmidt. Die Stipendiaten schreiben regelmäßig Berichte.

**Bund unterstützt Fränkisches Freilandmuseum Bad Windsheim mit 50.000 Euro**

„Ich freue mich sehr, dass das Fränkische Freilandmuseum Bad Windsheim eine Förderung in Höhe von 50.000 Euro im Rahmen des Soforthilfeprogrammes für landwirtschaftliche Museen erhält“, betont Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB.

Das Programm richtet sich gezielt an landwirtschaftliche Museen in Städten und Gemeinden mit bis zu 30.000 Einwohnern oder Orten mit ländlichem Charakter.

Ausstellungsschwerpunkte müssen mit den Themen Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion, Ernährung, Gartenbau, Weinbau oder Fischerei verknüpft sein.

„Für das Fränkische Freilandmuseum Bad Windsheim ist die Förderung des Bundes enorm wichtig. Denn durch diese Mittel wird die Ausstellung deutlich aufgewertet und das kulturelle Angebot vor Ort gestärkt“, so Schmidt.

„Im Verbund mit dem von mir ins Leben gerufenen Bundesprogramm ländliche Entwicklung (BULE) ist das ein Zeichen für die bäuerliche Kultur.“ Schmidt betonte, dass die Förderung durch das Programm gerade in der aktuellen Situation eine elementare Investition in die oft von ehrenamtlich Engagierten getragenen Vereine und Initiativen der landwirtschaftlichen Museen sei.

Eine Förderung in Höhe von bis zu 50.000 Euro kann seit dem 1. April 2021 beim Deutschen Verband für Archäologie e.V. (DVA) auf der Webseite

[www.dva-soforthilfeprogramm.de](http://www.dva-soforthilfeprogramm.de)

beantragt werden.

Dort sind alle Details der Ausschreibung zu finden. Die Prüfung und Bewilligung der Anträge erfolgt nach dem zeitlichen Eingang der vollständigen Antragsunterlagen.

Die Unterstützung der Landwirtschaftsmuseen in ländlichen Räumen ist Teil des „Soforthilfeprogramms Heimatmuseen und landwirtschaftliche Museen 2021“ der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Damit können die vielfach ehrenamtlich getragenen Museen in ländlichen Räumen ihre wertvolle Arbeit auch in Zukunft aufrechterhalten. Durchgeführt wird die Maßnahme vom DVA.





Ausgabe 7 / 2021

## Autonomes Fahren - "Wochenende der Mobilität" in Cadolzburg



In Cadolzburg stand vor Kurzem alles im Zeichen der Mobilität. Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB war gemeinsam mit Landrat Matthias Dießl, Bürgermeister Bernd Obst und Bundestagskandidat Tobias Winkler vor Ort, um den autonom fahrenden Bus zu testen.

„Gibt es etwas Schöneres als Innovation, nämlich autonomes Fahren, Landwirtschaft und Kultur miteinander zu verbinden?

Hier hat uns Cadolzburg ein richtiges Geschenk gemacht“, betonte Schmidt. „Ich freue mich sehr, dass ich in den Ministerien einen Teil dazu beitragen konnte.“

v.l.n.r.: Bundestagskandidat Tobias Winkler, Christian Schmidt MdB, Marktgemeinderätin Barbara Krämer, Landrat Matthias Dießl, Bürgermeister Bernd Obst.

## Hochwasserschäden Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB und Hans Herold MdL vor Ort



Neustadt a.d. Aisch, Bad Windsheim, der Markt Ipsheim, Steinach Bahnhof, Markt Bibart, Sugenheim, Wilhermsdorf:

Die Liste der vom Hochwasser betroffenen Gemeinden in den beiden Landkreisen Neustadt Aisch/Bad Windsheim und Fürth ist lang.

Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB und Hans Herold MdL haben sich am Dienstag, den 13. Juli 2021, vor Ort mit Bürgermeister Klaus Nölp getroffen.

"Wir werden uns dafür einsetzen, dass möglichst schnell und effizient Hilfe bei den Menschen ankommt und hinsichtlich der historischen Brücke auch finanzielle Mittel aus dem Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes zum Zuge kommen können."



### IMPRESSUM

Hrsg.: Christian Schmidt MdB,  
CSU im Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71630  
Fax: 030 / 227 76962  
E-Mail: christian.schmidt@bundestag.de  
Bild: Thomas Lothar (Seite 1)

Das Ausmaß der Zerstörung ist bei Weitem nicht absehbar.

Allein im Markt Bibarter Ortsteil Altmannshausen wurden zahlreiche Keller und Häuser überschwemmt und die historische Nepomuk-Brücke, Hauptzufahrt zum Dorf, schwer beschädigt.

